

Die katholische Hierarchie sucht sich in der neuen Situation zurechtzufinden. Wenn sie auch die Wahl Kwaśniewskis, der sich als Agnostiker bezeichnet, nicht als Niederlage der Kirche akzeptieren wolle, so gestand sie das Wahlergebnis doch als eine klare Niederlage für die Konzeption des unmittelbaren Engagements der Geistlichkeit im politischen Kampf ein. Dementsprechend stand im Mittelpunkt des Hirtenbriefs der polnischen Bischöfe vom 1. Dezember 1995 nicht die freilich ausdrücklich formulierte Sorge über die „Übernahme der ganzen Macht im Staate durch eine einzige ideologische Option, die für Gläubige unannehmbar ist“ (Gazeta Wyborcza, 2.–3.12.95), sondern das Versagen des bisher gül-

tigen Modells der Seelsorge: „Die Kirche muß sich auf das für sie Wesentliche besinnen und mehr evangelisches Zeugnis ablegen“. Bischof Tadeusz Pieronek pointierte es vor einiger Zeit so: „Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist weder der Streit um die Legalisierung der Abtreibung noch um den Platz der Religionslehre, noch um die Respektierung christlicher Werte im Fernsehen, noch die *Invocatio Dei* in der Verfassung. Ebensovienig ist das Hauptproblem der Kirche die Kritik, auf die sie trifft, oder der Streit um ihren Platz im öffentlichen Leben. Das Hauptproblem der Kirche in Polen ist die Kirche selbst“ (Zit. n. Tygodnik Powszechny, 20.8.95).
Dieter Bingen

„Ein großes Stück weiter“

335 Ein Gespräch mit Pfarrer Ferdinand Kerstiens über die Rolle kirchlicher Reformgruppen

Durch das Kirchenvolksbegehren sind die Gruppen im deutschen Katholizismus wieder stärker in den Blick geraten, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen für eine Reform der Kirche engagieren, ohne in die offiziellen Strukturen integriert zu sein. Wie versteht sich heute dieser Teil des deutschen Katholizismus? Wo sieht er seinen Platz angesichts der derzeitigen kirchlichen Entwicklung? Darüber sprachen wir mit Pfarrer Ferdinand Kerstiens (Marl). Er gehört dem „Freckenhorster Kreis“ und dem „Bensberger Kreis“ an und war einer der Erstunterzeichner des Kirchenvolksbegehrens. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Pfarrer Dr. Kerstiens, das Kirchenvolksbegehren zog im vergangenen Herbst erhebliches öffentliches Interesse innerhalb wie außerhalb der Kirche auf sich. Initiiert wurde es in Deutschland von Leuten, die Reformgruppen im Katholizismus angehören. Um diese Gruppen war es ansonsten in den letzten Jahren auffallend ruhig. Fiel das Ergebnis des Kirchenvolksbegehrens nicht im Grunde besser aus, als es der Zustand der Gruppen, die es lanciert und gefördert haben, erwarten ließ?

Kerstiens: Da ist durchaus etwas dran. Ich gehörte selber zu denen, die gezögert haben, das Kirchenvolksbegehren in Deutschland zu unternehmen. Aber wenn es gemacht wird, wollte ich es unterstützen, weil der Unmut an der Basis über das, was „da oben“ geschieht, ganz erheblich ist. Das gilt gleichermaßen gegenüber dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) wie gegenüber der Bischofskonferenz oder Rom. Die Praxis in den Gemeinden entwickelt sich auf eine Weise, wie sie von der Kirchengesetzgebung nicht gedeckt ist. Irgendwann mußte diese Diskrepanz in größerer Breite deutlich werden, als dies bei den Gruppen bisher möglich war. In dieser Hinsicht hat uns das Kirchenvolksbegehren ein großes Stück weiter gebracht.

HK: Hat das Kirchenvolksbegehren den Reformgruppen in für sie schwieriger Zeit eine dringend benötigte Motivationspritze geliefert?

Kerstiens: Sicherlich hat das Kirchenvolksbegehren den Gruppen wieder Mut gemacht, die es inszeniert und getragen haben. Sicher hat es viele einzelne Leute motiviert, sich wieder mehr mit der Kirche zu befassen, Menschen, die dies eigentlich schon aufgegeben hatten. Das Echo in diesen Gruppen ist jedenfalls sehr positiv: Die Anliegen, denen sie in der kirchlichen Öffentlichkeit bisher wenig Gewicht verschaffen konnten, wurden zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion.

„Wir wollen gerade nicht unter uns bleiben“

HK: Für die Reformgruppen hat sich aber ansonsten in den letzten Jahren einiges verändert. Sie stehen heute weniger allein mit ihren Forderungen da. Das ZdK setzt sich bei den Bischöfen für eine Änderung in der Zölibatsfrage ein. Vor einigen Jahren veröffentlichte es mit dem Dialogpapier einen Text, den die Kirche in Deutschland so schnell nicht

wird zu den Akten legen können. Wie gedenken sich die Reformgruppen dieser Entwicklung gegenüber zu verhalten?

Kerstiens: Das Zentralkomitee hat zwar ein Dialogpapier veröffentlicht, aber es hat selber nicht immer nach den Maßgaben seines Papiers gehandelt und Dialog geübt...

HK: Sie spielen auf das schwierige Verhältnis zur „Initiative Kirche von unten“ (IKvu) an...

Kerstiens: Auf das Verhältnis zur IKvu, aber auch zu vielen anderen Initiativen. Das ZdK war zunächst eine Vertretung der katholischen Verbände. Nach dem Konzil kamen die Räte dazu, bei denen man zunächst gehofft hatte, sie würden im guten Sinne so etwas wie einen „Demokratisierungsschub“ bedeuten. Zum Teil haben die Räte dies auch geleistet. Aber es stellte sich immer mehr heraus, daß die Räte nur eine Rätestruktur und keine Struktur der gemeinsamen Entscheidung sind. Viele haben sich deshalb von der Rätestruktur wieder abgewandt, weil man letztlich ja doch nichts zu entscheiden hat. Parallel zu diesen Verbänden und Räten bildete sich eine neue Vielfalt an unterschiedlichen Aktionsgruppen, eine Entwicklung, die eng mit Konzil und Synode zusammenhängt, z. T. mit der Umbruchssituation von 1968 und den Jahren danach. Menschen begriffen, daß sie selber Kirche sind und als Kirche agieren können, in Gruppen, die sich nicht an den Rand drängen ließen, sondern sich selbst als in der Mitte der Kirche stehend verstanden. Dazu gehören der „Freckenhorster Kreis“, die Priester- und Solidaritätsgruppen, auch der „Bensberger Kreis“ und andere Gruppen, die stärker politische Fragen im Blick hatten. Es entstanden Gruppen ohne Verbandsspitzen im alten Sinne, Gruppen, an denen alle gleichberechtigt beteiligt sind und die daher eine sehr viel stärker kommunikative Form haben. Diese Gruppen sind strukturell im ZdK nicht vertreten.

HK: Was bedeutet es aber dann heute für die Reformgruppen, wenn der verfaßte Laienkatholizismus sich vorsichtig, aber stetig Positionen nähert, denen sie sich seit den 60er und 70er Jahren gegen mancherlei Widerstände verschrieben hatten? Künftig dürfte es ihnen weniger leicht fallen, sich gegenüber Verbänden und Räten zu profilieren.

Kerstiens: Die verschiedenen Initiativgruppen freuen sich natürlich, daß sich auch innerhalb der Verbände inzwischen eine Entwicklung langsam durchsetzt, in der ihre seit langem vertretenen Anliegen aufgegriffen werden. Die Frage des Zölibats ist lange vor dem ZdK von der Arbeitsgemeinschaft der Priester- und Solidaritätsgruppen vorgebracht worden, von vielen Mitgliedsgruppen der „Initiative Kirche von unten“ (IKvu), ich denke an die „Vereinigung katholischer Priester und ihrer Frauen“, an die „Initiativgruppe der vom Zölibat betroffenen Frauen“ und andere. Aber es bleiben noch viele Anliegen, die von den Verbänden und Räten nicht aufgegriffen werden.

HK: Schon bei den letzten Katholikentagen, besonders dann 1994 in Dresden, wurden die Übergänge zwischen ZdK-Ka-

tholikentag und IKvu-KatholikInnentag von unten immer fließender, das Interesse am Treffen der Reformgruppen nahm ab. Der Dresdner Katholikentag war ausgesprochen plural angelegt, so wie man es sich nicht nur bei der IKvu lange gewünscht hatte.

Kerstiens: Es ist nicht untypisch, daß der erste Katholikentag, der in den neuen Bundesländern stattfand und damit stark von den Katholikinnen und Katholiken dort geprägt wurde, pluraler angelegt war. In den neuen Bundesländern steht man der festen Verbandsstruktur einigermaßen fremd gegenüber und kann deswegen die Auseinandersetzung im Westen zwischen ZdK und IKvu kaum nachvollziehen. Aus der Sicht der IKvu kann man diese Tatsache nur befürworten. Wir wollen ja gerade nicht unter uns bleiben. Wir wollen, daß die Themen, die wir für wichtig halten, von allen Gruppierungen offen diskutiert werden. Das entscheidende Kriterium scheint mir zu sein, ob das ZdK alle Fäden in der Hand behalten und das, was geschieht, eben doch von oben bestimmen will, oder ob es den Initiativgruppen eigenverantwortliche Räume öffnet, wo sie das tun, was sie selber wollen. In dem Augenblick, wo das geschieht, bräuchten wir den „KatholikInnentag von unten“ nicht mehr.

„Der Impuls der Reformgruppen kommt aus dem Glauben“

HK: Warum ist es in den letzten 15 Jahren in Deutschland nicht gelungen, einen Zusammenschluß von Reformgruppen im Katholizismus als eine feste und dauerhafte Größe zu etablieren, von der auch dann Aktivitäten ausgehen, wenn gerade kein Katholikentag stattfindet?

Kerstiens: Die Voraussetzung Ihrer Frage stimmt nur zum Teil. Sie übersehen die kontinuierliche Aktivität der IKvu, so z. B. in der Friedensbewegung und der Asylproblematik, sowie die öffentlichen Stellungnahmen zu innerkirchlichen Vorgängen. Im übrigen ist die „Initiative Kirche von unten“ keine eigene Mitgliedergruppierung, sondern Mitglieder dieser Initiative sind die einzelnen Gruppen, die alle ihr Eigenleben führen und ihre unterschiedlichen Anliegen verfolgen. Diese einzelnen Gruppierungen sind z. T. schwächer geworden. Manche ihrer Mitglieder haben resigniert. Andere sind neu hinzugestoßen auf Grund von neuen kirchenpolitischen Entwicklungen. Immer wenn von Rom oder der Deutschen Bischofskonferenz oder in Einzelbereichen hart reagiert wurde, stießen Gruppierungen neu zur IKvu. Ich denke z. B. an die Entwicklung in der Studentengemeinde in Hannover, an die Frauenfrage in der Kirche. Die Liste der Mitgliedsgruppen der IKvu war und ist die Liste ungelöster Fragen in der Kirche: Das galt auch für die „Christen für den Sozialismus“ ebenso wie für die Vereinigung „Homosexuelle und Kirche“, um nur zwei Gruppen zu nennen, gegen die sich gerade auch das ZdK lange sträubte.

HK: Könnte aber nicht genau da eine Ursache für die eigene

Schwäche liegen, daß die Anstöße für die Reformgruppen immer von außen kommen mußten, sei es von der Programmpolitik des ZdKs bei Katholikentagen, sei es durch lehramtliche Entscheidungen usw.?

Kerstiens: Kritik richtet sich immer gegen etwas, was sonst in der Kirche oder in der Gesellschaft tonangebend ist, das ist richtig. Der Anstoß zur Schaffung des „Katholikentags von unten“ war die Tatsache, daß die Podien auf den Katholikentagen zu wenig plural zusammengesetzt waren, daß die Themen der Reformgruppen dort zu wenig berücksichtigt wurden. Aber daß man sich dann eine eigene Struktur schuf, lag daran, daß die Menschen begriffen hatten, daß sie selbst Kirche sind, und nicht bereit waren, sich dies von irgendjemandem absprechen zu lassen, daß sie niemandem die Macht geben wollten, sie aus der Kirche herauszudrängen. Der Impuls dieser Gruppen kommt aus dem Glauben, aus dem Christsein und aus dem Kirchesein, selbst wenn er immer wieder von außen gereizt wird, sich zu artikulieren. In der Kritik der herrschenden Verhältnisse *und* im eigenen Engagement in Sachfragen, im Engagement für die Unterdrückten in Kirche und Gesellschaft hier und weltweit wird der kirchliche Ort der IKvu deutlich.

HK: Wie immer man die Strukturreform des ZdK auch beurteilt – Tatsache ist, daß es bemüht ist, seine Basis zu verbreitern und sich öffnet für Gruppierungen, denen eine Mitwirkung bisher unmöglich war. Wäre die Mitarbeit der Reformgruppen im ZdK unter diesen Bedingungen ein gangbarer Weg, um stärker in den verfaßten Katholizismus hineinzuwirken?

Kerstiens: Diese Entwicklung würde ich nicht für gut halten. Das Kirchenvolksbegehren ist keine Frischzellentherapie für eine veraltete Struktur des Zentralkomitees. Die Aufnahme von ein paar Vertretern der IKvu reicht da nicht aus. Es braucht eine Struktur, die dem neuen Verständnis vom Kirchesein entspricht.

HK: Setzen sich die Reformgruppen nicht damit aber dem Vorwurf aus, sie wollten sich gar nicht in die mühsame Alltagsarbeit eines pluralen Gremiums wie dem ZdK einspannen lassen? Stattdessen halte man sich fein raus und überlasse die Arbeit den anderen...

Kerstiens: Das trifft keinesfalls zu. Viele der engagierten Leute des Kirchenvolksbegehrens und der IKvu sind auch in den Gemeinden, in den Räten auf allen Ebenen, z. T. auch in den Verbänden engagiert. Sie haben nur gemerkt, daß sie durch die Arbeitsweise dieser Gremien als Beratungsgremien und auf der Basis des Vertretungssystems nicht mit ihren Anliegen durchkommen. Deswegen haben sie das Kirchenvolksbegehren inszeniert, um den eigenen Anliegen einen neuen Schub zu versetzen. Es geht auch nicht darum, den Pastoralgesprächen und Diözesanforen, wie sie gegenwärtig in mehreren Diözesen laufen, Konkurrenz zu machen, sondern um den Versuch, die Delegierten zu bewegen, diese Anliegen in den Gremien mit der gewünschten Ernsthaftigkeit und in der ganzen Breite einzubringen. Um in den

anstehenden Fragen endlich zu Fortschritten zu kommen, braucht es zusätzliche Impulse.

HK: Wenn es in den letzten Jahren um die Reformgruppen stiller geworden ist, könnte dies nicht auch damit zusammenhängen, daß ihr Entstehungshintergrund, die unmittelbare Nachkonzilszeit, für immer mehr Katholiken in historische Ferne rückt? Welchen Stellenwert hatte das Konzil für Entstehung und Entwicklung der Reformgruppen?

Kerstiens: Einen entscheidenden. Das Konzil hatte bei vielen eine neue Freude entwickelt, Kirche zu sein, hatte Hoffnungen geweckt, die in der Richtung des persönlichen Verständnisses dessen lagen, was Christsein heute bedeutet. Da hat es, wenn man so will, einen Zusammenklang zwischen „unten“ und „oben“ gegeben. In der Gründungserklärung des „Freckenhorster Kreises“ formulierten wir bereits 1969: Diese Impulse des Konzils drohen zu versanden. Wir setzten uns deshalb auch für die Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland in Würzburg ein. In der Bundesrepublik ist es uns sicher nicht so gelungen, das Konzil umzusetzen, wie etwa der lateinamerikanischen Kirche durch die Bischofskonferenz in Medellín 1968 und die Entwicklung danach. Enttäuschungen machten sich schon damals wegen der vielen Eingriffe breit. In der Synode selber erlebten wir, wie menschenfreundliche Impulse des Evangeliums von der Bischofskonferenz, unterstützt von einem Teil der Synodalen, abgewürgt wurden. Das betrifft z. B. die positive Deutung der Sexualität, die kritische Diskussion des Zölibats und die Einladung der Geschiedenen und Wiederverheirateten zur Kommunion, alles Fragen, die jetzt im Kirchenvolksbegehren wieder zur Sprache kommen. Umso mehr war es uns wichtig, die weitere Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

„Die Praxis in den Gemeinden hat sich in unserem Sinn verändert“ .

HK: Welche Stimmung herrscht demgegenüber heute in den Reformgruppen: Resignation darüber, daß man bis heute im Zusammenhang mit zahlreichen reformerischen Anliegen nicht weiter ist, oder Genugtuung darüber, daß diese Anliegen – siehe Zentralkomitee – heute auch in den etablierten Gremien des Laienkatholizismus in dem von diesen Gruppen geforderten Sinne vertreten werden?

Kerstiens: Diese beiden genannten Einstellungen spielen sicher auch eine Rolle: Manche resignieren, andere sind froh darüber, daß diese Themen endlich breitere Kreise erfaßt haben. Daß man heute zugleich weniger über diese Themen redet, das hat auch damit zu tun, daß diese Gruppen sich in ihrem Engagement in den Ortskirchen verschlissen haben. Dasselbe gilt für all die Diözesen, in denen Synoden und Foren stattgefunden haben oder noch stattfinden. Diese Arbeit ist mühsam und anonym. Deshalb auch das Aufatmen über das Kirchenvolksbegehren: Man erhielt mit ei-

nem Mal durch breite Schichten in der Kirche eine massive Bestätigung in dem, was man jahrelang bereits vertrat. Man darf auch nicht übersehen, daß sich die Praxis in den Gemeinden in unserem Sinne schon an vielen Orten verändert hat. Bei dieser Veränderung der Praxis waren und sind viele von uns an der Basis beteiligt.

HK: Bei den kirchlichen Reformgruppen handelt es sich – im Vergleich zu den traditionellen Verbänden – um Bewegungen und Gruppierungen eines schon äußerlich neuen Typs. Inwieweit bestimmt dies das Interesse der Sympathisanten bzw. Mitglieder zu ihnen?

Kerstiens: Die Bildung von neueren Gruppen, wie es die Reformgruppen sind, hängt eng zusammen mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Die Verbindung zwischen den Gewählten und denen, die „unten“ arbeiten, ist so über verschiedene Ebenen und Wahlvorgänge vermittelt, daß sie praktisch anonym wird. In unserer ganzen Gesellschaft erleben Menschen in wachsendem Maße – das betrifft die Kirchen ebenso wie die Parteien und Gewerkschaften –, daß die Entscheidungen „oben“ hinter verschlossenen Türen fallen. Bekannt werden allenfalls Diskussionsergebnisse, die jedoch so weit von den Menschen entfernt sind, daß diese sich darin nicht wiedererkennen und sie nicht mehr als durch ihre gewählten Vertreter zustandekommen anerkennen.

HK: Wenn der Eindruck von außen nicht täuscht, kennzeichnet die Reformgruppen eine Spannung zwischen Gruppen, die in erster Linie kirchenreformerisch interessiert, und solchen, die stärker politisch engagiert sind. Ist dieser Eindruck richtig?

Kerstiens: Diese Spannung ist sicherlich bis heute in vielen Gruppen lebendig. Dennoch sehe ich die eigentlich entscheidende Spannung weniger im Gegensatz zwischen politisch interessierten und politisch nicht interessierten Gruppen. Spannungen bestanden vor allem zwischen den Gruppen, die sehr stark auf ihrem eigenen Profil bestanden und weniger Kompromisse eingehen wollten, während andere eher bereit waren, Kompromisse einzugehen, um mehr Sympathisanten und andere Gruppen an sich zu binden, mit denen man zusammenarbeiten konnte.

HK: Worin besteht trotz aller Unterschiede im einzelnen das Verbindende in bezug auf das politische Engagement dieser einerseits mehr kirchlich-reformerisch ausgerichteten und andererseits in erster Linie politisch orientierten Reformgruppen?

Kerstiens: Es geht diesen Gruppierungen um einen, wie ich das nennen möchte, kritischen, verändernden Einfluß in Kirche und Gesellschaft im Sinne einer stärkeren Humanisierung, im Sinne der Wahrung der Menschenrechte, der Menschenwürde. Oder theologisch gesagt: um das Ziel, die Menschenfreundlichkeit Jesu in Kirche und Welt mehr zur Geltung zu bringen, als dies in den vorhandenen Strukturen und bei den vorherrschenden Kräften möglich ist. Die Un-

terscheidung von kirchenreformerisch hier und politisch dort halte ich im übrigen nicht für glücklich: Das Engagement der kirchenreformerischen Gruppen ist auch ein politisches Engagement. Die Kirche ist vielfach eine stabilisierende gesellschaftliche Größe, die Unrechtssysteme und -verhältnisse rechtfertigte bzw. zu wenig gegen sie unternahm. Das Bemühen, die Kirche zu verändern, ist also auch ein Teil des Bemühens, diesen Teil der Gesellschaft zu verändern. Die Kirche soll einen anderen Einfluß in der politischen Landschaft der Bundesrepublik ausüben.

„Vereinheitlichung kann nur repressiv sein“

HK: In den vergangenen 20 Jahren haben wir in Staat und Gesellschaft eine Entideologisierung der Politik erlebt, im kirchlichen Raum sind Glaube und Politik – trotz verschiedener Versuche, dem entgegenzuwirken – weiter auseinandergetreten. Inwieweit hat diese Entwicklung auch die Arbeit der Reformgruppen berührt und verändert?

Kerstiens: Ich teile nicht die Voraussetzung dieser Frage. In vielen Gruppen ist die enge Verbindung von Glauben und politischem Handeln im Sinne des Einsatzes für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung nach wie vor lebendig. Darüber hinaus ist eine wichtige Entwicklung zu sehen, die wir auch in den Kirchen in der ehemaligen DDR, in der evangelischen wie der katholischen, nach der Wende beobachten konnten: Daß viele Leute, die vor der Wende in der Kirche aktiv waren, nachher andere Bereiche wählten, in denen sie aktiv werden, und deshalb die Kirche ärmer geworden ist. Viele gingen in gesellschaftliche Bereiche, in die Gewerkschaften, in die Wirtschaft, in politische Parteien. Und weil Kirche sich so schwer in die gewünschte Richtung bewegt, sind heute viele, die dies noch in den 70er Jahren waren, nicht mehr in der Kirche aktiv, sondern bei den Grünen, bei den Umweltgruppen, in anderen sozialpolitischen Initiativen, Asylgruppen. Aber diese Leute verstehen sich in ihrem Engagement durchaus als Christinnen und Christen und engagieren sich auf Grund ihres Glaubens. Eine Trennung von Politik und Glauben halten sie nicht für möglich, aber sie suchen nach neuen Aktionsformen, wie man sie in den Gruppen der 70er Jahre kannte.

HK: Wenn das politische Engagement von Christen, besonders von Katholiken, heute insgesamt pluraler und damit diffuser, weniger leicht als solches erkennbar und unterscheidbar ausfällt, wird diese Entwicklung in den Reformgruppen eher bedauert oder bejaht?

Kerstiens: Daß es dazu gekommen ist, war dringend nötig. Vereinheitlichung kann nur repressiv sein. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß die katholischen Christinnen und Christen aus dem Evangelium alle die gleichen politischen Konsequenzen ziehen müßten. Dieses politische Zeugnis macht sich an glaubwürdigen Menschen in allen Parteien fest. Gerade die Reformgruppen in der Kirche kritisierten

immer wieder, daß von Rom und der Bischofskonferenz her ein uniformes Einheitskonzept vorgegeben wird. Das vergewaltigt Menschen. Deswegen sind Eigeninitiativen mit der Bemerkung „Wir sind Kirche“ entstanden, weil sie diese Reglementierung und Uniformität nicht mehr wollen. Insofern ist dies auch eine Form der Inkulturation, der Vermenschlichung in den Lebensbezügen der Menschen. Es ist eine positive Entwicklung, daß der Katholizismus nicht mehr als Block neben der Gesellschaft steht, um sie zu beeinflussen, sondern viele engagierte Christinnen und Christen versuchen, im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten, zur Vermenschlichung der Gesellschaft beizutragen.

HK: Hat sich das politische Engagement innerhalb der kirchlichen Reformgruppen qualitativ seit den späten 60er Jahren verändert?

Kerstiens: Man hat sich zunehmend in diesen Gruppen auf ein bestimmtes Gebiet konzentriert und dafür andere Themen anderen Gruppen überlassen. Das politische Engagement verdichtet sich in bestimmten Gruppen, etwa den Asylgruppen. Die einzelnen Gruppen sind jeweils in ihren Anliegen professioneller geworden. Die Gruppen sagen: Es reicht nicht, lediglich mehr politischen Einfluß haben zu wollen. Wir müssen uns sachkundig machen und das können wir ehrenamtlich neben unserem Beruf nur in einer Frage. Und da wollen wir wirklich qualifizierte Arbeit leisten, sonst können wir den bestehenden Verhältnissen nicht genügend fundiert kritisch gegenüberstehen.

HK: Mit anderen Worten: man arbeitet spezialisierter, arbeitsteiliger, als man dies gerade von ehrenamtlichen Gruppen erwarten würde.

Kerstiens: Theologisch würde ich sagen: Es handelt sich um unterschiedliche Charismen. Jeder muß entdecken, wo er seine Möglichkeiten, seine Qualitäten, seine Kräfte einsetzt und was er vom Evangelium begriffen hat, und dies dann umzusetzen versuchen.

HK: Wie verhält es sich mit der Altersstruktur der Reformgruppen? Und welche Rückwirkungen hat dies auf deren Arbeit?

Kerstiens: Der Altersdurchschnitt in den Reformgruppen ist höher geworden, da besteht kein Zweifel. Die Gruppen werden vielfach von denen bestimmt, die dies in den letzten 20 Jahren gemacht haben. Das liegt auch daran, daß die Jüngeren die Kirche gar nicht so sehr als ein repressives System erlebt haben. Die Kontrasterfahrung fehlt ihnen. Sie tun vieles viel ungezwungener, ohne sich an Dingen zu reiben, die für sie einfach „abgehakt“ sind, die für sie kein Thema mehr sind, an dem es sich für sie nicht lohnen würde, sich abzuarbeiten.

HK: Mit welchen Motivationen kommen dann heute Jüngere in die Reformgruppen, wenn sie denn überhaupt kommen?

Kerstiens: Sie kommen, weil sie unsicher sind und Solidarität suchen, Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, um eine neue Form von Kirche zu gewinnen, auf die wir erst zu gehen. Die finden sie eher in diesen Gruppen als in der etablierten Kirche. Man sucht Bundesgenossen, weil man nicht alleine suchen kann. Nur innerhalb von Gruppierungen, die in diesen Gesprächen keine falschen Tabus kennen, hoffen sie, daß sich die Neugestalt von Kirche, die auch morgen noch Bestand hat, herausbildet, für die aber keiner ein Rezept hat.

HK: Was wird nun aber aus dem Impuls des Kirchenvolksbegehrens? Die Motive der Menschen zu unterschreiben und sich zu engagieren, waren sehr unterschiedlich. Glauben Sie, daß sich der Impuls des vergangenen Herbstes überführen läßt in eine kompakte, dauerhafte Form?

Kerstiens: Z. Z. haben wir noch ein recht unstrukturiertes Feld vor uns. In diesem Jahr wird es darauf ankommen, aus den zahlreichen Initiativen, die zum Gelingen des Kirchenvolksbegehrens beigetragen haben, eine Bewegung – keinen Verband! – zu machen, die auf Dauer in die katholische Kirche hineinwirkt. Aber über das Übermorgen kann man noch nichts sagen. Heute muß man die richtigen Weichen stellen. So gibt es in diesen Wochen viele offene Veranstaltungen in den Diözesen, aber auch auf der Ebene der Bundesrepublik, um Netzwerke vorhandener Aktivitäten zu knüpfen und gemeinsam über das weitere Vorgehen zu beraten. Gedacht dabei ist es auch, Sprecherinnen und Sprecher auf den jeweiligen Ebenen zu wählen, die – gemeinsam mit den gemeindlichen oder überörtlichen Gruppen – das Anliegen weiter verfolgen, Aktionen planen, Stellungnahmen abgeben u. ä. Das Kirchenvolksbegehren ist mit der Überreichung der Unterschriften nicht zu Ende.

„Eine menschenfreundliche Kirche für eine menschenfreundliche Gesellschaft“

HK: Einmal vorausgesetzt, daß die Forderungen des Volksbegehrentextes selbst diese nicht enthalten – wo werden die künftigen thematischen Schwerpunkte derjenigen Gruppen liegen, die sich dem Anliegen des Kirchenvolksbegehrens verpflichtet fühlen?

Kerstiens: Ich kann sagen, was ich mir wünsche, aber ich kann nicht sagen, daß dies die Themen sein werden. Das gehört gerade zum Charakter dieser Bewegung, daß das, was sein wird, von den beteiligten Leuten entschieden wird und nicht von irgendeiner Leitfigur, die dies vorgibt. Mehr als dies bisher im Kirchenvolksbegehren geschieht, wünsche ich mir, daß der Einsatz für eine menschenfreundliche Kirche im Sinne des Evangeliums auch der Einsatz für eine menschenfreundliche Gesellschaft ist. Arbeitslosigkeit, Asylfragen, Abbau des Sozialstaates, internationale Gerechtigkeit, Entwicklung von Armut und Reichtum in der Welt – diese Fragen brennen uns auf den Nägeln. Es muß uns an

einer menschenfreundlichen Kirche für eine menschenfreundliche Gesellschaft gelegen sein. Dazu gehört selbstverständlich auch eine stärkere ökumenische Ausrichtung.

HK: Welche Rolle spielt dabei für die Reformgruppen die Forderung nach einem erneuten synodalen Vorgang aller Diözesen in Deutschland?

Kerstiens: Die Zeit für eine wirkliche Synode, die Reformen beschließt und durchsetzen kann, ist noch nicht gekommen. Sie hat nicht die rechtlichen Möglichkeiten, die sie bräuchte. Die Entscheidungskompetenz ist so eingeschränkt, daß ich mir davon im Moment nichts verspreche. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verspreche ich mir davon eher eine größere Frustration. Auch in vielen der Pastoralgespräche und Diözesanforen hat es sich gezeigt, daß man zwar vieles bereden kann, aber ohne Folgen. Die entscheidenden Beschlüsse werden nur als Voten verstanden an den Bischof oder an den Papst. Was damit dann geschieht, das liegt – wie wir seit der Würzburger Synode wissen – außerhalb der Kompetenz der Synode.

HK: Wenn aber die diözesanen synodalen Vorgänge die in sie gesteckten Hoffnungen zumeist nicht erfüllen und eine gemeinsame Synode nicht in Sicht ist – womit machen Sie den Mitgliedern von Reformgruppen Hoffnung?

Kerstiens: Ich verspreche mir heute mehr davon, daß die Praxis in den Gemeinden sich ändert. Da besteht viel Änderungsbedarf, es gibt aber auch viele Änderungsmöglichkeiten. Viele Christinnen und Christen sollten als einzelne und in ihren Gruppen das tun, was sie von der ganzen Kirche wünschen. Im Anschluß an das Kirchenvolksbegehren fragen sich Gruppen in den Gemeinden: Wie sieht es in unserer Pfarrgemeinde aus mit der geschwisterlichen Kirche? Mit der Stellung der Frauen in der Kirche? Welche Praxis besteht in unserer Pfarrgemeinde mit den wiederverheirateten Geschiedenen? Das ist der Ansatzpunkt vieler Gruppen. Da kann man vieles ändern. Die Ermutigung zu einer selbst verantworteten neuen kirchlichen Praxis in den Gemeinden im Sinne der Menschenfreundlichkeit Jesu ist für mich momentan der richtige Weg. Daraus wächst dann auch die Veränderung der Strukturen.

Altes und Neues verbinden

Wo kirchliches Familienengagement heute ansetzen muß

Unsere Gesellschaft ist von „struktureller Rücksichtslosigkeit“ (Franz-Xaver Kaufmann) gegenüber der Familie geprägt. Familienpolitik kann die gesellschaftlichen Defizite für die Familien nur begrenzt ausgleichen. Die Kirche hat sich seit dem letzten Jahrhundert intensiv der Familie angenommen und dabei auf den Wandel der Lebensverhältnisse reagiert. Heute ist sie gefordert, sowohl ihre jahrhundertlange Erfahrung wie innovative Gestaltungsvorschläge in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen.

Wie kaum ein anderes Thema ist in den letzten Jahrzehnten die Familie in den Mittelpunkt der lehramtlichen Verkündigung der Kirche gerückt. Das Apostolische Schreiben „Familiaris Consortio“ von 1981 (vgl. HK, Februar 1982, 57 ff.) und der Brief des Papstes an die Familien zum UNO-Jahr der Familie 1994 sind nur die herausragenden Dokumente der laufenden kirchlichen Verlautbarungen auf allen Ebenen dazu. Das 1973 von Paul VI. eingerichtete „Komitee der Familie“ wurde 1980 zum „Päpstlichen Rat für die Familie“ erweitert und – ebenso wie neugegründete theologische Familieninstitute – schwerpunktmäßig mit pastoralen Aufgaben betraut.

Neben einer quantitativen ist dabei auch die qualitative Steigerung der Aussagen bemerkenswert: So bezeichnet Johannes Paul II. die Familie als „Kirche im kleinen (Ecclesiola domestica – Hauskirche)“ (FC 49) bzw. als „kleine Kirche (ecclesiola)“, die in und mit der Gesamtkirche dazu berufen sei, „Zeichen der Einheit für die Welt zu sein und so ihr prophetisches Amt auszuüben, indem sie Christi Herrschaft und

Frieden bezeugt, woraufhin die ganze Welt unterwegs ist“ (FC 48). Seinen Brief von 1994 stellt der Papst gar unter das Thema „Die Familie als Weg der Kirche“.

Kirchliche Wiederentdeckung der Familie im 19. Jahrhundert

Diese Hinwendung zur Familie ist nicht ohne Kritik in Theologie und Religionssoziologie geblieben. So hat etwa die exegetische Forschung darauf hingewiesen, daß die Basileia-Botschaft Jesu auf dem Hintergrund der „familiaristischen“ Gesellschaftsordnung der antiken Gesellschaft eher einen familienkritischen Impuls trägt. Von Texten wie Mt 10, 34–36 her wird man sicher von einer „eschatologischen Depotenzierung“ der natürlichen Lebensordnungen in der Verkündigung Jesu sprechen können. Familiäre Bande werden zudem durch die Verbundenheit der gläubig Gewordenen überboten bzw. negiert (Mt 12, 46–50; Lk 11, 27–28). Diese Wert-